

## Gedenken und Erinnern

An zahlreichen Orten in Mecklenburg-Vorpommern finden sich Spuren der Gewaltregime des 20. Jahrhunderts und Hinweise auf die wechselvollen Erfahrungen mit ihnen - seien es bauliche Überreste, Erinnerungstafeln, Mahnmale oder Gedenkstätten.

### Orte des nationalsozialistischen Terrors

Das „Dritte Reich“ hat mit seinem verbrecherischen Vernichtungskrieg sowie der Ermordung der Juden und anderer von den Nationalsozialisten ausgegrenzter und verfolgter Menschen ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß von Terror und Leid verursacht. Zum herausragenden Symbol der Ausgrenzung aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ wurde nach 1945 das System der Konzentrationslager. Im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns existierten zahlreiche Außenkommandos und Außenlager der großen Konzentrationslager Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen. Sie befanden sich etwa in Barth, Neubrandenburg oder Neustadt-Glewe. Als die Nationalsozialisten in den letzten Wochen des Krieges die Lager räumten und die Häftlinge auf die berüchtigten Todesmärsche schickten, entstanden entlang der Marschrouten temporäre Lager im Belower Wald bei Wittstock oder in Wöbbelin. Viele Häftlinge starben noch kurz vor der Befreiung der Lager durch die Alliierten.

Mehrere Gedenkstätten erinnern an die Katastrophe der "Cap Arcona", die sich in den letzten Kriegstagen ereignete. In der Lübecker Bucht wurden über 9.000 Häftlinge aus dem KZ Neuengamme auf Schiffe verfrachtet, die SS entfernte alle Rettungsmittel und machte die Sicherheitstechnik unbrauchbar. Britische Flieger bombardierten die Schiffe am 3. Mai 1945, weil sie darin flüchtende Nationalsozialisten vermuteten. Die Schiffe „Cap Arcona“ und „Thielbek“ versanken im Meer, nur wenige KZ-Insassen überlebten die Katastrophe. Vor allem überlebende Häftlinge schufen die ersten Orte des Gedenkens. Im Laufe der Jahre wurden die provisorischen Erinnerungszeichen durch dauerhafte Anlagen und Mahnmale ersetzt. In den 1960er Jahren entstanden Mahn- und Gedenkstätten in Barth, Grevesmühlen und Wöbbelin. Auch die Gedenkstätte Belower Wald an der Grenze zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern geht auf diese Zeit zurück.

### Überwachung und Unrecht in der DDR

Nach der Friedlichen Revolution von 1989 begann eine intensive Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR. Spuren und Dokumente wurden gesichert. Opfergruppen forderten, das erlittene Unrecht im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten. Eine zentrale Forderung ehemaliger Oppositioneller lautete, die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu sichern und zugänglich zu machen. Daraus ging die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) hervor, die in Mecklenburg-Vorpommern mit drei Außenstellen vertreten ist. Außerdem wurde die Behörde der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen ins Leben gerufen. Sie betreut und berät Betroffene.

Zum anderen sollten Orte erhalten bleiben, an denen Opfer der SED-Herrschaft gelitten hatten. 1998 beschloss die Landesregierung, in den ehemaligen MfS-Untersuchungsgefängnissen in Rostock und Schwerin Dokumentationszentren einzurichten. Die Erinnerung an das Grenzregime der DDR, das an der innerdeutschen Grenze und entlang der Ostsee zahlreiche Tote gefordert hatte, an authentischen Orten wachzuhalten, drohte anfangs zu scheitern. Eine Mehrheit der Bevölkerung wollte die

Grenzanlagen so schnell wie möglich spurlos beseitigen, um nicht weiter an diese Grenze erinnert werden. Erst Ende der 1990er Jahre hatten jene Erfolg, die Teile der Grenzanlagen als historische Zeugnisse sichern wollten. So wurden ehemalige Grenzübergangsstellen markiert, die letzten verbliebenen Grenztürme gesichert und Materialien der Sicherungsanlagen aufbewahrt. Mit der ehemaligen innerdeutschen Grenze befasst sich seit 1999 das "Grenzhuis" in Schlagsdorf. In Kühlungsborn restaurierte ein Verein einen der letzten Grenzbeobachtungstürme an der Küste und dokumentiert darin die Fluchtversuche über die Ostsee.

### **Mehrere Vergangenheiten**

Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte lassen sich nicht immer ausschließlich einer Epoche zurechnen. In Neubrandenburg-Fünfeichen beispielsweise betrieben die Nationalsozialisten mehrere Kriegsgefangenenlager. Nach Kriegsende wurde daraus anfangs ein Repatriierungslager, in dem ehemalige Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer warteten, und schließlich das Speziallager Nr. 9 des sowjetischen Geheimdienstes. Er inhaftierte in Fünfeichen ehemalige Nationalsozialisten, aber auch zahlreiche unschuldige Zivilisten. Die Gedenkstätte Fünfeichen erinnert sowohl an die Kriegsgefangenen während der NS-Zeit als auch an die willkürlich verhafteten deutschen Zivilisten nach 1945. Ähnliches gilt für die Geschichte der Gefängnisse. In vielen Haftstätten waren sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR politische Gegner, Oppositionelle und Unangepasste inhaftiert. Daher wurde beispielsweise in Bützow, wo bereits eine Skulptur an die NS-Opfer erinnerte, ein zweites Denkmal für die Opfer der DDR-Justiz errichtet. Auch im nie fertiggestellten "KdF-Seebad der 20.000" in Prora auf Rügen wird zweier unterschiedlicher Epochen gedacht. Eine Ausstellung setzt sich mit der NS-Propaganda auseinander. Außerdem wird die Geschichte der unter anderem in Prora stationierten DDR-Bausoldaten thematisiert, jenen jungen Männern in der DDR, die den Dienst an der Waffe verweigerten.

### **"Täterorte"**

"Täterorte" und zentrale Fertigungsstätten der Rüstungsindustrie gerieten erst in den 1990er Jahren stärker ins Blickfeld. So steht das Historisch-Technische Museum Peenemünde inzwischen für die Folgen der dort entwickelten Waffen und das Gedenken an die bei der Produktion gestorbenen Zwangsarbeiter. Ebenfalls lange vergessen waren die Stätten, an denen die Nationalsozialisten Wehrmachtsdeserteure inhaftierten und hinrichteten, wie das NS-Wehrmachts-Gefängnis in Anklam. Tausende der in Alt Rehse im Sinne der NS-Ideologie geschulten Ärzte waren später an der Umsetzung der „Euthanasie“-Politik der Nationalsozialisten beteiligt. Der überregionale Stellenwert dieser Schulungsstätte wurde erst spät erkannt. Die Sicherung lokaler Spuren jüdischen Lebens gewann ebenfalls an Bedeutung. In einigen Städten wurden ehemalige Synagogen wieder hergerichtet, um sie als Museen und Begegnungsstätten zu nutzen (Hagenow, Röbel und Stavenhagen). Nicht zuletzt wurden auch Themen wie der Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. In der Nachkriegszeit hatte Mecklenburg-Vorpommern, gemessen an der Vorkriegsbevölkerung, mit über 40 Prozent den höchsten Flüchtlingsanteil in Deutschland aufzunehmen und zu integrieren. Fast in jeder Familie sind noch Erinnerungen an die Flucht oder die Vertreibung aus der ursprünglichen Heimat präsent. Folglich spielt das Thema im kollektiven Gedächtnis nach wie vor eine große Rolle. Exemplarisch setzt sich das Wolhynier-Museum in Linstow mit diesem Themenfeld auseinander.

Die Beschäftigung mit dem Bombenkrieg führte zu heftigen Debatten. Die Rede von den „Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ verwischte die Unterschiede. Suggestierte sie doch, dass jene, die das NS-System gestützt hatten, auf eine Stufe zu stellen seien mit den ermordeten Juden oder ums Leben gekommenen Zwangsarbeitern. Dass die Auseinandersetzung mit den Toten des Bombenkriegs nicht zur Relativierung der deutschen Verantwortung für die NS-Verbrechen führen muss, zeigt die Arbeit

der Jugendbegegnungsstätte Golm in Kamminke. Hier befindet sich eine der größten Kriegsgräberstätten, wo neben Militärangehörigen auch die Toten des Bombenangriffs auf Swinemünde bestattet wurden. In deutsch-polnischen Seminaren werden die Ereignisse differenziert in die historischen Zusammenhänge eingeordnet und bewertet.

### **Bürgerschaftliches Engagement**

In der Gedenkstättenlandschaft lassen sich ganz unterschiedliche Akteure ausmachen. Nur an wenigen Orten wie in Schwerin, Rostock und Peenemünde ist das Land Mecklenburg-Vorpommern direkt beteiligt. Viele Gedenkstätten entstanden, weil sich interessierte Bürger und Vereine dafür einsetzten und sie nun meist ehrenamtlich betreuen. Auch Kommunen und Landkreise unterstützten in unterschiedlicher Intensität die Arbeit der Gedenkstätten in ihrer Region. Sie begreifen diese als Teil ihrer Geschichte. Opferverbände wirken daran mit, dass die individuellen Schicksale der Betroffenen auch künftig Gehör in der Gesellschaft finden.

### **Gedenkstätten als Lernorte**

Die Auseinandersetzung mit Diktatur, Gewalt und Unrecht im 20. Jahrhundert ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von vielen Akteuren, Initiativen und Institutionen getragen wird. Sie kann nicht von oben verordnet werden. Gedenkstätten sind Orte der historisch-politischen Bildungsarbeit. Sie sind keine Besserungsanstalten, die durch eine zweistündige Führung Rassisten und Antisemiten in Humanisten und Demokraten verwandeln. Angesichts der Kritik an staatlicher Instrumentalisierung zu Zeiten der DDR, am Einfordern von "Betroffenheitsgesten" und an der vordergründigen Emotionalisierung von Besuchern haben sich inzwischen qualitativ anspruchsvolle pädagogische Methoden durchgesetzt. Sie basieren auf der Erkenntnis, dass mit Emotionalisierung keine Lernprozesse gefördert werden. Grundlage der Gedenkstättenarbeit ist die Einladung zum selbstständigen, forschenden Lernen. Gedenkstätten als außerschulische Lernorte setzen sich mit der Geschichte am historischen Ort auseinander. Sie ergänzen den Schulunterricht, können diesen aber nicht ersetzen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Gedenkstättenbesuche mit einem eigenen Förderprogramm. So sollen junge Menschen die Möglichkeit erhalten, zumindest einmal in ihrer Schulzeit eine solche Gedenkstätte zu besuchen.

### **Und heute?**

Die Auseinandersetzung mit Gewalt und Unrecht endet nicht mit den Regimen des Nationalsozialismus und der DDR. In der jüngsten Zeit haben die Morde der NSU-Terrorgruppe viele Menschen schockiert und wachgerüttelt. Eines der Opfer dieser bis dahin beispiellosen rassistischen Mordserie war Mehmet Turgut. Zehn Jahre nach der Tat wurde in Rostock ein Denkmal eingeweiht. Zwei versetzt gegenüberstehende Bänke sollen zum Dialog und zur Verständigung einladen. Auch die pogromartigen Ausschreitungen gegen vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen Anfang der 1990er-Jahre haben Wunden zurückgelassen. Die Hansestadt Rostock lässt derzeit auf Basis eines Kunstwettbewerbs dezentrale Erinnerungszeichen in der Stadt errichten. Außerdem werden Lehrmaterialien zu den Ereignissen erarbeitet.

Geschehenes kann nicht rückgängig gemacht werden. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen kann jedoch dazu führen, dass wir unser Bewusstsein für die Freiheits- und Menschenrechte stärken und gesellschaftliche Strukturen verteidigen, die eine Wiederholung solcher Taten verhindern. Der gesellschaftliche Umgang mit dem Erlebten ist einem stetigen Wandel unterzogen. Manche Ereignisse verblassen oder geraten in Vergessenheit, andere sind noch sehr präsent oder werden wieder in Erinnerung gerufen. Jede Generation eignet sich die Geschichte mit anderen Perspektiven und Fragestellungen an. Ein solcher Prozess ist daher nie abgeschlossen, sondern wird in einer lebendigen Erinnerungskultur ständig neu ausgehandelt.